

Wald im Wandel: Aufgabenschwerpunkte des Staatlichen Forstamts Oberkirch 1975 bis 2001

Walter Lang

Seit dem frühen 19. Jahrhundert wurden die Wälder des Vorderen Renchtales von der Großherzoglich Badischen Bezirksforstei Renchen betreut, die nach der Aufhebung der Monarchie die Bezeichnung „Badisches Forstamt Renchen“ führte. Der Zuständigkeitsbereich umfasste alle Gemeinden, die heute zu den kommunalen Einheiten Oberkirch, Renchen und Lautenbach gehören, sowie einige Gemeinden der heutigen Stadt Achern wie Waghurst, Gamshurst, Önsbach und Mösbach. Dies blieb so bis zum 1. Juli 1937, als der Dienstsitz von Renchen nach Oberkirch verlegt wurde. Damals kam es zur Aufhebung des „Badischen Bezirksamtes Oberkirch“, einer funktional einem heutigen Landratsamt entsprechenden Behörde, und einer Vereinigung mit dem damaligen Bezirksamt Offenburg. Somit suchte man eine neue Verwendung für das freiwerdende stattliche Gebäude in der Oberkircher Hauptstraße, das erst in den 1920er-Jahren unter dem bekannten Regierungsbaumeister Vögele für die Dienststellen des Bezirksamts und die Dienstwohnung des Bezirksamtmanns Gädecke errichtet worden war. In Anbetracht der geografischen Verteilung der Waldflächen und der bisherigen exzentrischen Lage des Dienstsitzes Renchen lag es nahe, diese Chance zu nutzen und das Forstamt nach Oberkirch zu verlegen. Zum genannten Zeitpunkt zog daraufhin Forstmeister Fritsch mit seinem Stab hierher um und bezog auch die freigewordene Dienstwohnung.

Schon nahe an der Pensionsgrenze, wurde er nicht mehr zum Militärdienst verpflichtet und leitete das Forstamt noch bis 1947. Er musste allerdings erleben, dass die französische Besatzungsmacht das Gebäude beschlagnahmte und zur Ortskommandantur machte. Seine Nachfolger, die mit dem in einem angemieteten Privathaus untergebrachten Forstamt vorlieb nehmen mussten, waren Forstmeister Bernhard (1948 bis 1952) und Forstmeister Hodapp (1952 bis 1955); sodann folgten Oberforstmeister Dr. Schüllli (1955 bis 1965), der 1956 in das wieder freigegebene Forsthaus einziehen konnte, und Oberforststrat Schmidt (1965 bis 1972). Danach wollte man wegen der bevorstehenden Verwaltungsreform die Amtsleiterstelle nicht mehr dauerhaft besetzen und setzte Oberforststrat Zahn vom benachbarten Forstamt Rheinbischofsheim als Amtsverweser und Forstassessor Bischoff zu dessen Unterstützung ein. Von den genannten Forstamtsleitern blieb bei den bäuerlichen Waldbesitzern des Renchtales vor allem der damalige Oberforstmeister Dr. Schüllli in Erinnerung, weil er diesen mit viel Nachdruck und Überzeugungsarbeit die Umwandlung ihrer ertragsschwa-

chen ehemaligen Niederwälder aus Eichen und Edelkastanien in Nadelbestände, vorwiegend mithilfe der schnellwüchsigen Douglastanne aus Nordamerika nahegelegt hat, die sich im Schwarzwald schon erfolgreich eingebürgert hatte. Die spätere enorme Preissteigerung für das Stammholz dieser Baumart vermochte ihm bei diesen Überlegungen nachträglich Recht zu geben.

Im Jahr 1975 kam es zum großen Revirement auf der Ebene der staatlichen Forstämter in Baden-Württemberg. Deren Zahl wurde von 245 auf 193 reduziert, sodass viele traditionsreiche Dienstsitze aufgegeben werden mussten. Auch das Forstamt Oberkirch stand vorübergehend zur Disposition; es blieb dann aber angesichts seiner aus der Sicht der Waldverteilung günstigen zentralen Lage und durch die Zuordnung weiteren Staatswaldes im Gebiet des ehemaligen Klosters Allerheiligen und des dortigen „Forsttechnischen Stützpunktes“, eines der Fortbildung und Erprobung neuer Geräte und Verfahren dienenden Zentrums, erhalten; außerdem wurde dem Forstamt später auch die Funktion der Ausbildung des Nachwuchses für den höheren Forstdienstes übertragen.

Mit Beginn des Forstwirtschaftsjahres 1976, also zum 1. Oktober 1975, setzte damit eine Phase organisatorischer Konsolidierung ein, die fast ein Vierteljahrhundert Bestand hatte. Erst im Jahre 1998 kam es zu einem neuen Zuschnitt des Forstamts, als das Nachbarforstamt Ottenhöfen im Zuge weiterer Reformen aufgelöst und geschlossen dem Forstamt Oberkirch zugeschlagen wurde; dieses musste daraufhin zum Ausgleich zwei große Reviere an die Nachbarforstämter Bad Peterstal-Griesbach und Kehl (mit Sitz in Rheinau) abtreten. In der neuen Größenordnung bestand das Forstamt dann noch bis zu der von der Landesregierung beschlossenen Aufhebung der Selbstständigkeit der staatlichen Sonderbehörden und ihrer Eingliederung in die Landratsämter ab dem 1. Januar 2005.

Im Zuge der Reform von 1975 übernahm das Forstamt Oberkirch die Verantwortung für eine Waldfläche von 6146 Hektar auf den Gemarkungen der Kommunen Appenweier, Lautenbach, Oberkirch und Renchen sowie der Stadt Oppenau, soweit es sich um Staatswald handelte. Ihm zur Seite standen vier staatliche und vier kommunale Revierleiter, die jeweils über eine schlagkräftige Mannschaft von Waldarbeitern zur Bewältigung aller anfallenden Arbeiten verfügten; anfangs gab es auch noch weibliche Kräfte für einfachere Pflegearbeiten in den Pflanzschulen und Forstkulturen, die aber nach und nach durch Mechanisierung dieser Arbeiten entbehrlich wurden.

Aufschlussreich ist die Gliederung dieser Reviere nach Waldflächen. Die Summe von 1328 ha Staatswald, 2088 ha Körperschafts- und Genossenschafts-Wald sowie 2730 ha Privatwald verteilt sich wie folgt:

<i>Revier</i>	<i>Revierleiter</i>	<i>Staatswald</i>	<i>Körperschaftswald</i>	<i>Privatwald</i>
Kriesenhof	Oberförster H. Tetzlaff	801 ha	21 ha	
Lautenbach	Revierförster G. Maier	268 ha	166 ha	866 ha
Ödsbach	Revieroberforstwart N. Gieringer		216 ha	1098 ha
Bottenau	Oberforstwart F. Huber	37 ha	158 ha	724 ha
Renchen	Revieroberforstwart E. Graf		476 ha	10 ha
Mührig	Revierförster H. Sieferle	222 ha	284 ha	15 ha
Appenweier	Revieroberforstwart A. Huber		378 ha	9 ha
Urloffen	Revieroberforstwart J. Sester		389 ha	8 ha

Daraus ist ersichtlich, dass der Schwerpunkt der Tätigkeit des Forstamt eher bei der Betreuung des Körperschafts- und Genossenschaftswaldes sowie bei der Beratung des Privatwaldes lag; dennoch spielte auch der Staatswald, der vor allem aus säkularisiertem Kirchenwald hervorgegangen war, eine erhebliche Rolle. Charakteristisch für den Forstbezirk war die starke geografische Spreizung der Höhenlage und damit der Standortverhältnisse. Wie nur wenige andere Forstbezirke am Schwarzwaldwestrand umfasste er einen Rahmen von 910 Höhenmetern, nämlich von 140 m NN (Westrand Appenweier) bis 1050 m NN (Gipfel des Schliffkopfes im Osten); somit ergaben sich sehr differenzierte waldbauliche Aufgabenstellungen und die reizvolle Möglichkeit der Ausschöpfung aller Chancen der gesamten Palette von Laub- und Nadelbaumarten.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass immerhin die Hälfte der Reviere sich noch in Händen erfahrener Beamten des mittleren Forstdienstes befunden hat, die oft seit Jahrzehnten ansässig waren und eine außerordentlich subtile Revierkenntnis besaßen, die gerade für die Ansprache der Standortansprüche der Laubbäume und die Ausschöpfung des mosaikartigen Wuchspotenzials im Auewald von großem Vorteil war.

Zu der guten Personalausstattung im Außendienst gesellte sich auch eine sehr leistungsfähige Besetzung des Forstamtsbüros. Der langjährige Büroleiter Richard Jung war nicht nur der tatkräftige Vermittler zwischen den betriebswirtschaftlichen Anforderungen des Forstamts und den entsprechenden Fertigkeiten der Revierleiter, sondern auch durch seine Spezialkenntnisse im forstwirtschaftlichen Wegebau eine starke Stütze im Außendienst. Gerade dieser Bereich spielte angesichts der zunehmenden Größe der Erntemaschinen und der Fahrzeuge der Langholzabfuhr, die oft noch Sonderlizenzen für Überlängen hatten, eine zunehmende Rolle. Im Privatwald bestand damals noch ein erheblicher Mangel an leistungsfähigen Forstwegen, der erst im Zusammenwirken mit der Flurbereinigungsverwaltung und mit massiver staatlicher Förderung in den folgenden Jahrzehnten behoben werden konnte.

Der Zeitraum des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts, dem nun das Augenmerk aus der Sicht der örtlichen Forstverwaltung gewidmet werden soll, war nicht nur durch einen Wandel der öffentlichen Ansprüche an den Wald gekennzeichnet, die mit dem Wachstum des Erholungs- und Freizeitverkehrs, des vielgestaltigen Sportbetriebes und mit den Forderungen der Vertreter des Natur- und Umweltschutzes zusammenhingen, sondern auch durch immer neue Bedrohungen des Waldes durch äußere Einflüsse, seien sie natürlicher oder anthropogener Art, die an die Kompetenz und Einsatzbereitschaft des Forstpersonals hohe Forderungen stellten.

So kam es schon im Mai 1978 zu einem säkularen Hochwasser der Rench, das am Pegel Oberkirch einen seit dem Bau der Hochwasserdämme nie gekannten Höchststand von 2,10 Metern erreichte und eine Flutung der bewaldeten Rückhaltebecken Mührig (auf Gemarkung Renchen) sowie Holchen und Hürbel (auf Gemarkung Urloffen) mit einem Stauvolumen von 6 Millionen Kubikmeter notwendig machte. In einem Blitzeinsatz aller Mitarbeiter mussten die an den Waldwegen lagernden verkaufsbereiten Baumstämme gegen das Davondriften gesichert und nach dem Ablassen des Hochwassers von den Schlammkrusten befreit werden. Dazu kam es in den Bergrevieren durch die intensiven Niederschläge zu Rutschungen und Ausspülungen an den Waldwegen, wodurch umfangreiche Sanierungen notwendig wurden.

Das nächste Schadensereignis stellte sich schon im Januar 1982 ein, als ein sogenannter Eisbruch in den Tallagen unterhalb von 380 m NN schwere Brüche in Laub- und Nadelbeständen verursachte. Damals lag ein Kalt-

luftsee mit einer Lufttemperatur von minus 10 °C in der Rheinebene, über den sich bei Windstille eine Regenfront schob, sodass das Regenwasser sofort an den Zweigen anfror und diese mit dicken Eiskrusten überzog; deren Gewicht erreichte, wie sich aus Messungen ergab, das Zehnfache des Astgewichts und führte daher zu schweren Bruchschäden. Davon waren vor allem die Reviere Appenweier, Renchen und die unteren Lagen des Stadtwaldes Oberkirch betroffen, wo es zu flächenweisen Brüchen in mittelalten, also noch nicht erntereifen Beständen kam.

Kaum waren diese Schäden behoben und die Flächen wieder rekultiviert, zeigten sich in den Wäldern des Forstbezirks die ersten Symptome des in der Folgezeit immer ernster werdenden Problems der immissionsbedingten Walderkrankung, die bald darauf die aufrüttelnde Bezeichnung „Waldsterben“ erhielt und das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zog.

Ein weiteres Glied in der Kette der Kalamitäten war eine Beobachtung im Jahr 1984, als an den Alteichen im Staatswald Mührig eine als Weißfäule diagnostizierte Erkrankung auftrat und Einzelbäume aller sozialen Klassen befiel. Es entstanden einige empfindliche Ausfälle, die Schlimmeres befürchten ließen. Erstaunlicherweise verschwand der Befall so schnell wie er gekommen war, zeigte aber doch, wie risikoreich einzelne Baumarten sein können und wie sinnvoll es sein kann, sich generell auf ein breites Spektrum von Baumarten zu stützen.

Die nächste Welle forstpathologischer Gefahren drohte 1989, als ein trockener Sommer die Borkenkäfergefahr verschärfte. Durch die Fortdauer der immissionsbedingten Waldschäden war die Disposition der Fichten ohnehin sehr labil und verlangte intensive Anstrengungen zur systematischen Durchmusterung aller Bestände und zum umgehenden Einschlag und Verkauf aller befallenen Stämme. Immerhin konnte dadurch – in Verbindung mit der als durchaus effektiv einzuschätzenden Lockstoffmethode – eine Massenvermehrung verhindert werden.

Schon ein Jahr später hielt ein neues Naturereignis die Forstleute in Atem, als der Orkan „Wiebke“ über Süddeutschland hinwegzog und eine Spur der Verwüstung hinterließ. Im Forstbezirk Oberkirch fielen ihm „nur“ etwa 2000 fm zum Opfer, während er im Nachbarbezirk Bad Peterstal-Griesbach einen Anfall in Höhe des gesamten Jahreseinschlages zu Boden warf. Das gravierendste Problem war dabei, dass aufgrund des im ganzen Bundesgebiet entstandenen Schadens von 18 Millionen Festmeter Nutzholz und des im Winter bereits weitgehenden realisierten Jahreseinschlages der Holzpreis sehr empfindlich reagierte und um 20 bis 30 % nachgab – ein Rückschlag, der auch die nicht besonders betroffenen Forstämter benachteiligte und erst nach mehreren Jahren wieder ausgeglichen werden konnte.

Neue Aufregung erzeugte im Jahr 1994 die Massenvermehrung des Schwammspinners, eines Schmetterlings, den es in unbedeutender und

harmloser Population schon immer gegeben hatte, der aber nunmehr durch das Eindringen einer asiatischen Varietät eine bisher nie gekannte Virulenz hervorbrachte. Die Folge war ein Kahlfraß an den Laubbäumen des Auewaldes, vor allem an der Eiche. Zunächst versuchte man durch schonende manuelle Methoden, nämlich durch Abbürsten der Eigelege an den Stämmen, an denen diese meist nur in Höhen bis zwei Meter angeklebt waren, das Ausschlüpfen der Raupen zu verhindern – wofür sich die Schulklassen von Renchen bereitwillig zur Verfügung stellten. Später konnte man erstaunlicherweise entdecken, dass sich parallel zur Vermehrung des Schwammspinners auch eine bestimmte räuberische Raupenfliege aufgrund des Beuteangebots in gleichem Umfang vermehrt hatte und alle Schwammspinnerraupen parasitierte, indem sie diesen ein winziges Ei an den Hinterkopf klebte, aus dem sich dann eine Fliegenlarve entwickelte, die die Schwammspinnerraupe als Nahrungsquelle benutzte. Auf diese Weise kam es im zweiten Sommer der Gradation des Schädling zu einem vollständigen Zusammenbruch der Massenvermehrung. Auch besaßen die Bäume genügend Reservestoffe, um wieder auszutreiben, ein Phänomen, das gerade bei der Eiche von anderen Insektenattacken, wie etwa vom Frostspanner, schon länger bekannt ist.

Die seit Menschengedenken schlimmste Katastrophe brach über die Wälder des Renchtales aber am Morgen des 26. Dezember 1999, des Zweiten Weihnachtsfeiertages herein, als der Orkan „Lothar“ über Mitteleuropa mit einer nie gekannten Windgeschwindigkeit von bis zu 260 Stundenkilometer hinwegzog und eine Spur der Verwüstung hinterließ. Selbst als sturmfest gerühmte, 300 Jahre alte Eichen wurden flächenweise umgeworfen – so auch im Nachbarland Frankreich – ebenso wie auch alle übrigen Baumarten. Im Vorderen Renchtal kam es zu über eintausend Hektar Kahlflächen, vorwiegend an den nach Westen und Südwesten geneigten Hängen der oberen Höhenlagen, auf denen die umgestürzten und gesplitterten Bäume in einem undurchdringlichen Verhau übereinander lagen. Der Sturm schlug wahllos in sämtlichen Besitzarten zu; es gab private Waldbesitzer, deren ganzes Vermögen an hiebreifem Holz zu Boden lag. Eine nähere Beschreibung dieser Kalamität und die Bewältigung der Krise ist in einem eigenen Kapitel abgehandelt.

Insgesamt macht die Darstellung aller dieser Ereignisse deutlich, dass das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts für die Wälder des Renchtales und die dafür verantwortliche Forstverwaltung eine Zeit äußerst dramatischer Entwicklung war, die von allen Beteiligten eine Höchstmaß an Einsatzbereitschaft, Flexibilität und Innovationskraft verlangte.

*Vom Nadelwald zum Laubmischwald:
Die Steuerung des Baumartenwandels*

Noch in den 1960er-Jahren dominierte das Nadelholz das waldbauliche Denken in Mitteleuropa. Die Laubbäume waren nicht gefragt, das Nutzholz für Möbel und Innenausstattung bezog man aus den Tropen, der Erlös des Brennholzes deckte kaum die Gesteungskosten, jedermann – sogar die mit eigenem Wald gesegneten Schwarzwaldbauern – heizten mit dem billigen Öl, das nur einstellige Pfennigbeträge kostete. Umgekehrt war das Holz der Nadelbäume begehrt, die Bauwirtschaft der Nachkriegszeit boomte immer noch, auch das Zellstoffholz von Fichte und Tanne hatte zur Deckung des steigenden Papierbedarfs einen guten Preis. In den amtlichen Einrichtungswerken, den Gutachten für die zehnjährige Planung der waldbaulichen Tätigkeit, wurden Anpflanzungen von Nadelbäumen auf Standorten dekretiert, die eigentlich aufgrund ihrer Standortverhältnisse für die Nachzucht natürlich dominanter Laubbäume hätten in Betracht kommen müssen. In vielen öffentlichen Wäldern des Landes begann zwar schon bald nach dem Kriegsende dank der bewundernswerten Initiative der Wissenschaftler Krauss, Schlenker und Müller die im Maßstab 1: 10 000 vorgenommene Standortkartierung, die zum Vorbild für alle übrigen Bundesländer wurde. Ihre Erkenntnisse über die ursprüngliche Zusammensetzung der Baumarten, die in Baden-Württemberg naturgemäß weit überwiegend aus Laubbäumen bestanden, wurden dann aber von den Waldbaupraktikern unter der Fragestellung interpretiert, welche Nadelbäume jeweils dem Standort am ehesten zugemutet werden konnten. Die Abneigung gegen Laubbäume steigerte sich in vielen Forstrevieren derartig, dass auf den Kulturflächen die sich zwischen den Nadelholzpflanzen von Natur aus findenden Laubholzsämlinge und -Schösslinge gewissenhaft eliminiert wurden.

Diese Denkweise wich in den 1970er-Jahren einer erstaunlichen Neubebingung auf die Bedeutung des Laubholzes, getragen einerseits von der zunehmenden Einsicht in die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes bei der Baumartenwahl und andererseits einer langsamen Wertsteigerung des Nutzholzes der Laubbäume, weil sich in der Bevölkerung eine Abneigung gegen die Ausbeutung von Tropenwäldern durchsetzte und die Möbelhändler bald auf ihren Beständen an Palisander, Mahagoni und Makore (der als „Afrikanischer Birnbaum“ schöngeredet worden war), sitzenblieben; gefragt waren plötzlich wieder Möbel aus Eiche, Buche, Kirsche, Ahorn, Esche und Erle. Auch das Brennholz konnte plötzlich wieder gewinnbringend aufbereitet werden, als 1973/74 die erste, heute schon fast vergessene Ölkrise (und das damals noch durchsetzbare Sonntagsfahrverbot) schlagartig die Abhängigkeit der Verbraucher von den Launen der Ölländer sichtbar machte.

Auch im Forstbezirk Oberkirch begann in dieser Zeit eine Phase neuer Wertschätzung der Laubbäume. Die bisher praktizierte Beseitigung des sich von selbst einfindenden Laub-Jungwuchses in den Nadelkulturen wurde in allen Besitzarten gestoppt; zugleich machte das Forstamt die Waldbesitzer in Schulungsveranstaltungen und im Waldbau-Unterricht an der Landwirtschaftlichen Fachschule mit der biologischen und ökologischen Bedeutung der Laubbäume vertraut. Nicht zuletzt ging es auch in der sich zunehmend abzeichnenden Verschärfung des Konflikts „Wald und Wild“ um die Bedeutung einer Äsungsreserve für die fast unaufhaltsam steigenden Rehwildstände und um die damit einhergehende Notwendigkeit der Vermeidung von Verbisschäden. Bald setzte sich auch die Einsicht durch, dass im Wege geeigneter Waldbauverfahren gerade die natürlich anwachsenden jungen Laubbäume auf großer Fläche gefördert werden müssen. Dieses Postulat war umso leichter zu realisieren, als der natürliche Vegetationstyp auf einem großen Teil des Forstbezirks aus einem Mischbestand aus Weißtannen und Laubbäumen bestand, der auf diese Weise zu neuem Leben in Dominanz erweckt werden konnte. Das flächenhafte Denken bei der Naturverjüngung kam gerade der Tanne zugute, die dank ihrer Schattenfestigkeit sogar jahrzehntelang auf ihre Chance zum Aufwuchs bei gesteigertem Lichteinfall warten konnte und auch in Mischung mit jungen Laubbäumen ausgesprochene Duldsamkeit an den Tag legte.

Für die Erhöhung des Laubholzanteils im Zeitraum von 1975 bis 1995 seien die Zahlen für den Stadtwald Oberkirch beispielhaft herausgegriffen. Dieser stieg von 28,6 auf 36,1 Prozent, was bei einer Gesamtwaldfläche von 451 ha immerhin einer Steigerung um 33,8 ha entsprach. Der Grundgedanke, zu diesen Werten durch systematische Erhöhung des Naturverjüngungsvorrates auf der Tiefe der Fläche zu gelangen, dokumentierte sich in dessen Zunahme im genannten Zeitraum von 9,4 auf 57,1 ha. Um den Laubbäumen auch schon in den jüngeren Altersklassen zu besseren Wachstumschancen zu verhelfen, wurden diese bei der regelmäßig wiederholten Durchforstung konsequent freigestellt, um ihr Kronenwachstum und damit auch ihr wertbestimmendes Durchmesserwachstum zu fördern. Die energische Auflichtung der mittelalten Bestände zugunsten der beigemischten Laubbäume erbrachte zugleich auch eine deutliche Steigerung der gesamten Holzernte im Stadtwald, ohne das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beeinträchtigen, sowie eine erhöhte Stabilität der Bestände gegen mögliche Sturm- und Schneebruchgefahren, sodass sich die betriebliche Gesamtbilanz dadurch nicht unerheblich verbesserte. Gegenüber den Vorgaben der Forsteinrichtung konnte durch diese Eingriffsweise, für die auch vonseiten der Wissenschaft, z. B. durch Prof. Peter Abetz überzeugende Empfehlungen vorlagen, der Anteil der Vornutzungen am Gesamteinschlag in 20 Jahren von 32 auf 75 Prozent erhöht und der Jahreshiebssatz von 2200 auf 3000 Festmeter gesteigert werden.

Im Auewald des Forstbezirks hatten die Laubbäume seit eh und je die Oberhand. Einzelne Versuche aus der Nachkriegszeit, dort auch Nadelbäume anzubauen, scheiterten vollständig an der Kraft der Stürme, spätestens an der Wucht des Orkans „Lothar“, der die auf dem dicht gelagerten Boden flach wurzelnden Nadelbäume rigoros niederlegte. Für den Anbau der Laubbäume gab es im Forstbezirk eine altbewährte, erfolgreiche Methode, die von den Revierbeamten des Auewaldes und ihren erfahrenen Waldarbeitern meisterhaft praktiziert wurde, nämlich das sogenannte Heisterverfahren. Dabei wurden drei bis vier Jahre alte, mannsgroße Jungpflanzen, die in reviereigenen Pflanzgärten sorgfältig und unter Mitwirkung weiblicher Saisonkräfte, der „Kulturdamen“, herangezogen worden waren, mit hohem Anwuchserfolg in das Freiland gepflanzt; die gewählte Größe der jungen Bäume hatte den Vorteil, dass nicht nur – etwa im Vergleich zur Saat oder Naturverjüngung – einige Produktionsjahre gewonnen werden konnten, sondern dass auch der sonst durch den traditionell hohen Rehwildstand bedrohliche Verbiss geschickt vermieden werden konnte. Zugleich war dadurch auch die bei den Jägern unbeliebte Zäunung entbehrlich und schließlich wuchsen die Heisterpflanzen schnell aus der Zone der Unkrautkonkurrenz heraus, sodass das sogenannte Freischneiden entbehrlich wurde.

Die Belange des Naturschutzes, vor allem die Forderung einer Erhaltung und möglichen Steigerung der Artenvielfalt im Wald, waren für das Forstamt eine Maxime höchster Priorität, die in ihrer Konsequenz in eine generelle Begünstigung des Mischwaldes mit möglichst vielen Baumarten einmündete. Gerade die Palette einheimischer Laubbäume war aus der Sicht der Bewahrung reich gegliederter naturnaher Ökosysteme besonders geeignet, aus der Sicht der Funktion als Nahrungsquelle und Lebensraum den Artenreichtum in Flora und Fauna zu erhalten. Man denke etwa an seltene, hoch spezialisierte Insektenarten wie den Hirschkäfer, der unabdingbar auf die Stöcke alter Eichen angewiesen ist, oder an verschiedene bekannte Blütenpflanzen wie die Kuckuckslichtnelke, die bestimmten Lichteinfall auf dem Waldboden benötigt, wie er nur durch intensive Durchforstung herbeigeführt werden kann.

Besonderes Augenmerk richtete das Forstamt auch auf die Erhaltung seltener Baumarten. So stellte sich heraus, dass die Mispel (*Mespilus germanica*) nur noch in einem einzigen Exemplar an der Oberkircher Burgsteige zu finden war, obgleich dieser Baum früher ein willkommener Bestandteil von sonnigen Waldrändern war, nutzte man seine Früchte doch gerne aufgrund des hohen Gerbsäuregehalts zur Konservierung des Apfelmosts. In der Bottenauer Pflanzschule, die von dem an dendrologischen Fragen besonders interessierten Revierleiter Franz Huber betreut wurde, konnten aus den Samen des letzten noch vorhandenen Baumes junge Mispeln nachgezogen und an verschiedenen Stellen des Forstbezirks ausge-

pflanzt werden. Auch Schwarznuss und Walnuss zogen wegen der Wertschätzung ihres Holzes die Aufmerksamkeit des Forstamts auf sich; beide Baumarten wurden in warmen Lagen der Reviere Appenweier und Bottenau angebaut, sowohl im geschlossenen Waldverband als auch in Form von Feldgehölzen in der Vorbergzone.

Die seit der Römerzeit eingebürgerte Edelkastanie erfuhr in den letzten Jahren eine besondere Förderung, weil sie sich als besonders vielseitig erwies: Neben ihrer traditionellen Nutzung im Stockausschlagverfahren, dem sogenannten Niederwald, der jahrhundertlang Rebstecken, Gerbrinde und Brennholz lieferte, kam mehr und mehr auch ihre Fähigkeit zur Nutzholzproduktion im Hochwald zum Tragen, die heute bis in die Qualitätsregion des Furnierholzes reicht. Unter dem Titel „Die Edelkastanie – ein neuer Stern am Laubholzhimmel der Ortenau“ ist diesem Laubbaum ein spezieller Aufsatz in diesem Sammelband gewidmet.

Harmonie von Wald und Wild: Naturverjüngung ohne Verbisschäden

Der enge Zusammenhang zwischen dem waldbaulichen Erfolg und dem Einfluss des Schalenwildes, der durch die Identität beliebter Äsungspflanzen, zum Beispiel von Eichen und Weißtannen mit wichtigen Wirtschaftsbaumarten gekennzeichnet ist, veranlasste das Forstamt, neben der Ausschöpfung waldbaulicher Steuerungsmöglichkeiten auch das Gespräch mit der Jägerschaft zu suchen und diese zur Mitwirkung bei der Lösung der anstehenden Konflikte heranzuziehen. Die vielfach zu hohe Schalenwild-dichte – im Renchtal beschränkt auf das Rehwild – führte nicht nur zu unverantwortbarem Verbiss, der ersatzweise teure Kunstverjüngung notwendig machte, sondern schadete auch der Artenvielfalt im gesamten Ökosystem, weil viele Blütenpflanzen abgeäst wurden, und zwar oft schon vor der natürlichen Samenreife, sodass ihre Vermehrung ausblieb. Genau genommen führte der Verlust solcher Blütenpflanzen dann auch zu einer Verarmung der Fauna, etwa weil bestimmte Schmetterlingsarten die artspezifische Nahrungspflanze nicht mehr vorfanden.

Die Debatte mit den Jägern über die anstehenden Probleme war allerdings dadurch erschwert, dass ihnen die tatsächliche Wilddichte gar nicht bekannt war, weil sie nur die Ansitzjagd vom Hochsitz herab ausübten und deshalb bei Weitem nicht alles Wild erspähen konnten; demgemäß konnten sie auch den tatsächlichen Zuwachs an Kitzen nicht korrekt einschätzen, was zur Folge hatte, dass auch die Abschusspläne zu niedrig veranschlagt wurden. Da die Jäger solchen Überlegungen nicht zu folgen bereit waren, blieb dem Forstamt nur noch die praktische Vorstellung der Verbisschäden im Gelände und das direkte Gespräch mit den Jagdpächtern. Hilfreich war dabei auch das von der Landesregierung eingeführte sogenannte Ökologische Gutachten, das in dreijährigem Abstand für alle Waldreviere zu

erstellen war; es ermöglichte eine objektive gemeinsame Ansprache der Verbissituation und vermochte aufzuzeigen, wo die Jäger den Abschuss schwerpunktmäßig zu vollziehen hatten. Zugleich konnte mit diesen im Gelände auch über die Durchführung effektiverer Jagdmethoden, vor allem von gut organisierten Bewegungsjagden, debattiert werden.

Das Forstamt hatte den unschätzbaren Vorteil, aufgrund seiner eigenen jagdlichen Zuständigkeit im Staatswald den Zusammenhang zwischen Wilddichte und waldbaulichem Erfolg auf großer Fläche praktisch demonstrieren zu können. Einerseits wurden die erntereifen Bestände auf großer Fläche im sogenannten Femelschlagverfahren aufgelichtet, um einen Anreiz für natürliches Keimen und Aufwachsen aller Mischbaumarten zu schaffen, andererseits gelang es, durch systematische und präzise vorbereitete, großräumige Bewegungsjagden mit einer ausreichenden Zahl von Jägern das Wild effektiv und zugleich waidgerecht zu erlegen und durch das Zählen der dabei vorkommenden Tiere auch einen verlässlichen Eindruck von der vorhandenen Wilddichte zu gewinnen. Dies ermöglichte dann wiederum in Kenntnis moderner wildbiologischer Erfahrungen über das Reproduktionsverhalten des Rehwildes, einen angemessenen Abschussplan aufzustellen. Das Ergebnis dieses kombinierten waldbaulichen und jagdlichen Vorgehens war nach einigen Jahren das Aufkommen eines flächenhaften Vorrates an natürlicher Verjüngung aller örtlich vertretenen Mischbaumarten, darunter auch der vorher stark verbissbedrohten Laubbäume wie Eichen, Eschen, Ahorne und – in den höheren Lagen – Vogelbeeren. Selbst wenn das Rehwild auf solchen Flächen noch ein gewisses Quantum an Äsung entnahm, spielte dies bei dem reichlichen Vorrat an Jungbäumen überhaupt keine Rolle.

Immerhin war erfreulich, dass die meisten Jagdpächter im Forstbezirk sich dem Vorgehen des Forstamts anschlossen, vor allem dort, wo die Pächter selbst einheimische Waldbesitzer waren und demgemäß eigenes Interesse an der Vermeidung von Wildschäden hatten. In einigen anderen Revieren besserte sich die Situation nach Einführung der Ökologischen Gutachten um das Jahr 1985. Wo allerdings die unbefriedigende Verbisslage noch andauerte, legte das Forstamt nach den Empfehlungen von Jagdwissenschaftlern ein Netz kleiner Testzäune in der Größe von etwa 10×10 m an, die schon nach wenigen Jahren einen eklatanten Unterschied zur ungezäunten Umgebung erkennen ließen. Während außerhalb der Zäune die Bodenvegetation nur aus sauren Gräsern und Farnen bestand, entwickelten sich in den Zäunen üppige Gruppen von Himbeere, Brombeere, Habichtskraut, Hasenlattich und anderen Blütenpflanzen sowie ein Spektrum von jungen Weißtannen, Buchen und Ahornen, die sich als Keimzellen eines künftigen Mischwaldes präsentierten. Durch derartige Demonstrationsflächen konnten dann nach und nach auch bisher uneinsichtige Jagdpächter von der Notwendigkeit eines neuzeitlichen Jagdbetriebes überzeugt werden.

Das Forstamt sah es darüber hinaus auch als seine Pflicht an, bei den Jahresversammlungen der Jägervereinigung über weitere Themen der Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern und Jägern zu referieren. So erschien es geboten, die Fragen der Äsungsverbesserung, etwa durch Anlage von Wildäckern oder Einsaat von landwirtschaftlichen Stilllegungsflächen mit geeigneten Äsungspflanzen sowohl mit den Jägern als auch mit den Landwirten zu erörtern. Noch in den 1970er-Jahren und vereinzelt danach war es außerdem dringend angebracht, die Landwirte vom Gebrauch von Herbiziden im Wald abzuhalten, weil sie damit die Äsungsgrundlage des Wildes schmälerten und zugleich gegen die ihnen als Grundeigentümer und Jagdgenossen obliegende Hegepflicht im Sinne des Jagdgesetzes verstießen. Nicht unerheblich war auch die Problematik des landschaftsgerichteten Hochsitzbaues: den Jägern musste klargemacht werden, dass unauffällig an versteckten Stellen errichtete einfache Bautypen den gewünschten Zweck ebenso gut erfüllen wie mächtige, isoliert stehende geschlossene Kanzeln, die sensible Spaziergänger an die ehemalige Zonen-grenze erinnern.

*Die Partnerschaft mit dem Forstamt Saverne im Elsass:
Grenzenlose Kollegialität*

Eigentümlicherweise war es die besorgniserregende Walderkrankung in den 1980er-Jahren, die zu den Kontakten über den Rhein hinüber führte. Die französischen Forstkollegen besuchten die vom Forstamt Oberkirch im Foyer des Europapalais im Oktober 1983 präsentierte Ausstellung über den notleidenden Wald und baten danach um eine Waldführung im Schwarzwald, um sich an Ort und Stelle einen Eindruck von den Waldschäden zu verschaffen. Die ersten Kontakte mit Oberkirch nahm der Stellvertretende Direktor des Straßburger Regionalbüros der Französischen Staatsforstverwaltung, Herr Forstingenieur Francois Quiquerez auf, der zunächst einen Besuch der Bürgermeister waldbesitzender Gemeinden zum Studium der Waldschäden vermittelte. Später war es dann das Forstamt Saverne, das weitere Initiativen ergriff und zu einem ersten Besuch mit den leitenden Mitarbeitern nach Oberkirch kam. Für die französischen Gäste war es überraschend, die tatsächlich sehr ernsten Schäden an den Waldbeständen, vor allem an Tannen und Fichten, wahrzunehmen, weil damals in der französischen Öffentlichkeit die Walderkrankung, die auch in den Vogesenwäldern nicht zu leugnen war, wohl aus innenpolitischen Gründen nicht in ihrer ganzen Tragweite diskutiert werden durfte.

Aus dem gegenseitigen Kennenlernen im Zuge des Gedankenaustausches über anstehenden Probleme entwickelte sich dann rasch eine freundschaftliche Beziehung, die auch dadurch erleichtert war, dass es sich bei den französischen Kollegen durchweg um Elsässer handelte, mit denen

deutsch gesprochen werden konnte. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu gegenseitigen Besuchen und Waldbegehungen, die zahlreiche waldbauliche und geschichtliche Anknüpfungspunkte erkennen ließen. Sehr aufschlussreich war es für die deutschen Gäste bei der Besichtigung elsässischer Wälder, wie sich in den beiden letzten Jahrhunderten der ständige Wechsel in der politischen Zugehörigkeit auf die Waldverhältnisse ausgewirkt und bis heute eindruckliche Spuren hinterlassen hat. Umgekehrt fanden die dortigen Kollegen bei den Besuchen im Schwarzwald überraschend, wie kreativ das Verhältnis Waldbau zu Naturschutz angepackt wurde, wie zum Beispiel in den Hochlagenbeständen unkonventionelle Auflichtungen zugunsten des Auerwildes vorgenommen wurden oder wie durch Nachahmung historischer Waldnutzungsformen die Beweidung der Grindenhochflächen mit dem anspruchslosen Hinterwälderrind realisiert wurde. Ein weiteres, gegenseitig stark interessierendes Thema war die Aufarbeitung von hochwertigen Laubhölzern, ihrer Präsentation auf zentralen Verkaufsplätzen und die Erlösoptimierung durch geeignete Verkaufsverfahren.

Die Partnerschaft fand allerdings im Jahre 2001 ein rasches Ende, weil einerseits die beiden Forstamtsleiter gleichzeitig in den Ruhestand traten und andererseits beiderseits des Rheins umfassende Organisationsreformen stattfanden, die mit zahlreichen Versetzungen und dienstlichen Erschwernissen verbunden waren, wodurch das persönliche Interesse an der Fortsetzung der Beziehungen leider zum Erliegen kam.

Die Reform der Forstverwaltung: Ein säkularer Einschnitt

Im Grunde schon seit der Römerzeit waren die Forstbeamten ein eigenständiges Element der öffentlichen Ordnung. In den Provinzen des Römischen Reiches war ein „Forestarius“ ein kaiserlicher Bediensteter mit weitreichenden Vollmachten. Im Mittelalter und in der Feudalzeit waren die landesherrlichen Forstmeister wichtige Repräsentanten der Staatsgewalt zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Bannforsten des Reiches und in den herrschaftlichen Waldungen. Im Deutschen Reich waren die Forstämter oder Bezirksforsteien direkt den Forst- oder Finanzkammern bei den Ministerien der Länder unterstellt. Diese Zweistufigkeit der Verwaltung wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch einen dreistufigen Aufbau abgelöst, als unter Beibehaltung der Ministerialstufe auf der Regionalebene Forstdirektionen eingerichtet wurden.

Die wesentliche Erweiterung des Aufgabenspektrums der Forstverwaltung im 20. Jahrhundert durch die Steigerung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Wald und durch die im Interesse des Naturschutzes notwendige Harmonisierung der ökonomischen und der ökologischen Funktionen des Waldes konnte durch die flexible und innova-

tive staatliche Forstverwaltung ohne Weiteres aufgefangen werden. Gerade die Landesforstverwaltung Baden-Württemberg war im Bundesgebiet bekannt für ihre intensiven Fortbildungsprogramme für alle Bediensteten und ihre Bereitschaft zur Akzeptanz neuer technischer Entwicklungen. Das beste Beispiel ist die Tatsache, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Computertechnik auf der Basis der Vorarbeiten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt in der Forstverwaltung eingeführt hat. Zugleich hatte die Baden-Württembergische Landesforstverwaltung zusammen mit der Bayerischen durch straffes betriebswirtschaftliches Management und Controlling die Spitzenplätze der Bundesrepublik in Bezug auf die Ertragslage des Staatswaldes inne.

Der einfache und überschaubare dreistufige Aufbau der staatlichen Forstverwaltung hat sich über Jahrzehnte bewährt und war auch durch die Einführung des Harzburger Modells zur Delegation der Verantwortung in der Lage, jedem Mitarbeiter ein überschaubares Berufsbild anzubieten und ein hohes Maß an Eigenverantwortung zu gewähren. Das Ergebnis war eine ausgeprägte Motivation und berufliche Leistungsbereitschaft, die sich auch in Zeiten von Naturkatastrophen in vorbildlicher Weise bewährte. Gerade die unter enormen Anstrengungen gelungene Bewältigung der Orkanschäden „Lothar“ war dafür das beste Beispiel.

Die fortlaufende Verbesserung der Kommunikationstechnik und die Rationalisierung technischer und administrativer Abläufe ermöglichte eine entsprechende Vergrößerung der betrieblichen Organisationseinheiten, also der Forstbezirke und Forstreviere, die von der Landesforstverwaltung seit den 1960er-Jahren schrittweise in personalverträglicher, aber doch effektiver Weise vollzogen wurde. Ein letzter derartiger Reformschritt fand 1998 statt, als man die Zahl der Forstämter in Baden-Württemberg von 193 auf 160 reduzierte. Damals kam es auch im nördlichen Ortenaukreis zu einer Neuabgrenzung der Forstbezirke, durch die das Forstamt Ottenhöfen aufgehoben und die ganze Fläche dem Forstamt Oberkirch zugeschlagen wurde. Dafür gab dieses zwei Reviere an die Nachbarforstämter Bad Peterstal-Griesbach und Kehl ab.

Ein Einschnitt von weitreichender Tragweite und Konsequenz war dann allerdings der Beschluss der Landesregierung, die Selbstständigkeit der staatlichen Forstverwaltung zum 1. Januar 2003 aufzuheben und sowohl die örtlichen Dienststellen in die Landratsämter als auch die Forstdirektionen in die Regierungspräsidien einzugliedern. Im Ortenaukreis hat man die bisherigen zehn staatlichen Forstämter zu einem Kreisforstamt mit drei Außenstellen in Lahr, Oberkirch und Wolfach zusammengefasst und diese Verwaltungseinheit dem Dezernat für Landwirtschaft, Forsten und Umwelt unterstellt.